Gemeinde Eitorf
DER BÜRGERMEISTER

ANLAGE
zu TO.-Pkt.

interne Nummer **XV/0478/V**

Eitorf, den 21.07.2022

Amt 60 - Amt für Bauen und Umwelt
Sachbearbeiter/-in: Hartmut Derscheid

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

MITTEILUNGSVORLAGE
- öffentlich -

Sitzungsvorlage

Hauptausschuss

22.08.2022

Tagesordnungspunkt:

Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gem. §§ 8, 8a KAG NW i.V.m. der hierzu ergangenen
„Förderrichtlinie Strassenausbaubeiträge“
Hier: Antrag der Fraktion Bündnis90/GRÜNE im Rahmen der Haushaltsrede & Anfrage der CDU-
Fraktion vom 09.05.2022

Mitteilung:

Rechtsgrundlage

Für die Erhebung eines Straßenausbaubeitrages ist Rechtsgrundlage der § 8 KAG NW. Danach erheben Kommunen für öffentliche (Anbau-) Straßen Beiträge, soweit nicht das BauGB (hier: §§ 127 ff.) anzuwenden ist. M.a.W. regelt das BauGB die erstmalige, endgültige Herstellung einer Erschließungsanlage (i.d.R. Anbaustraße) während das KAG NW deren nachmalige Herstellung (Erneuerung) zum Inhalt hat.

Während das BauGB den Gemeindeanteil einheitlich für alle Arten von Anbaustraße (i.d.R. 10 v.H.) festlegt, unterscheidet das KAG NW zwischen Anliegerstraßen, Haupterschließungs- und Hauptverkehrsstraßen. Je höher die wahrscheinliche Inanspruchnahme der Straße durch die „Allgemeinheit“ ist, desto höher ist auch der Gemeindeanteil (siehe § 4 der gemeindlichen Straßenbaubeitragsatzung) und entsprechend geringer der Anteil der Anlieger.

Zum 01.01.2020 ist der neue § 8 a im KAG NW eingefügt worden. Danach konnten beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen – nach Abschluss der technischen Baumaßnahme – auf Antrag von der KfW-Bank gefördert werden. Diese Förderung sollte den „Anliegeranteil“ nach der Satzung

„halbieren“. Mit Runderlass vom 03.05.2022 erfolgte eine Änderung der hierzu ergangenen „Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge“. Nach Ziffer 1.1 übernimmt danach das Land zu 100 Prozent die sogenannten Anliegeranteile. Im Falle einer Zuwendungsgewährung bleiben danach diese Straßenausbaumaßnahmen im Ergebnis beitragsfrei.

Wie bereits mehrfach zum Förderverfahren berichtet, ist ein Förderantrag erst nach dem technischen Abschluss einer entsprechenden Straßenausbaumaßnahme und einem erfolgten Beitragsverfahren mit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Höhe von „NULL“ möglich und zu stellen. Erfolgt sodann eine Förderung in Höhe von 100 v.H. der Beitragsanteile der Anlieger, verbleibt es bei der Festsetzung „NULL“. Erfolgt keine Förderung oder ggfls. nur eine Teil-Förderung, sind die Ausbaubeiträge entsprechend nachzuerheben.

Zum Antrag der Fraktion Bündnis90/GRÜNE

Die Antragstellerin beantragt sicherzustellen, dass nur solche (Straßenausbau-)Maßnahmen durchgeführt werden, zu denen entsprechende Förder- oder Zusagebescheide vorliegen.

Dies sieht der Gesetzgeber weder vor noch ist dies rechtlich möglich.

Zur Anfrage der CDU-Fraktion

Antworten:

1.

Im maßgeblichen Zeitraum der gesetzlichen Änderungen wurde in der Gemeinde Eitorf lediglich die Baumaßnahme Leinbergstraße/Siegstraße von Bergstraße bis Poststraße hergestellt. Ein Förderantrag hierzu kann jedoch erst gestellt werden, wenn sämtliche Unternehmerrechnungen vorliegen, der beitragsfähige Aufwand damit ermittelt werden kann sowie eine Beitragserhebung (auf „Null“) durchgeführt worden ist.

Somit käme hier ein Antrag auf 100 Prozent Anliegerförderung in Betracht.

2.

Entsprechend dem aktuellen Konzept über den Ausbau und die Unterhaltung von gemeindlichen Verkehrsflächen wären darüber hinaus der Ausbau folgender Straßen förderfähig: Krewelstraße und Zum Höhenstein. Im Falle eines Straßenausbaues ist jeweils die Stellung eines entsprechenden Förderantrags beabsichtigt.

3.

Eine Änderung des Konzeptes über den Ausbau und die Unterhaltung von gemeindlichen Verkehrsfläche ist derzeit nicht vorgesehen, da

- zum einen die technischen Erfordernisse, insbesondere die notwendigen Baumaßnahmen im Bereich Abwasser/Wasser und die damit verbundenen Synergien das Konzept maßgeblich bestimmt haben.

- keinerlei Verbindlichkeit gegeben ist, ob die Landesmittel für alle zukünftigen Ausbaumaßnahmen im Land ausreichen werden und die Förderung im Grunde beibehalten werden wird. (siehe vorher: Förderung erst nach Abschluss einer Ausbaumaßnahme!)

Sofern also daran gedacht werden sollte, beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen „vorzuziehen“, ist der 2. Spiegelstrich wie vor zu beachten. Im Übrigen ist der Verwaltungsaufwand hierfür (Konzeptänderung, Planung, Vergabe, Ausbau, Beitragserhebung) genau so groß wie bisher.

Anlage(n)

- Anlage 1: Antrag der Fraktion Bündnis90/GRÜNE im Rahmen der Haushaltsrede
- Anlage 2: Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.05.2022